

Dipl. Ing. Peter Rotter
Italienerstraße 15
9500 Villach
Email: peterrotter@gmx.at

An

Herrn Bundeskanzler Mag. Christian Kern,
Herrn Vizekanzler Dr. Reinhold Mitterlehner,
an die Abgeordneten des Österreichischen Parlaments,
die Abgeordneten Österreichs im Europaparlament,
die Kandidaten zur Bundespräsidentenwahl Dr. Van der Bellen und Ing. Norbert Hofer

Betrifft: Freihandelsvertrag CETA

Villach, 03.11.2016

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrter Herr Vizekanzler,
sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Kandidaten zur Wahl des Bundespräsidenten,

ich beziehe mich in diesem Schreiben auf den Facebookbeitrag des EU Abgeordneten Fabio di Masi
<https://www.facebook.com/fabio.d.masi/>

CETA - wie man uns belügt

Kürzlich berichtete ich über die Aussage des Ministerpräsidenten der #Wallonie Paul Magnette, wonach die #EU und nicht Kanada auf den Schiedsgerichten in #CETA bestand. Nun erfahre ich wie das Bundesvorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Stefan Körzell, behauptet, der kanadische Chefunterhändler habe ihm bestätigt, dass Kanada überhaupt kein Problem mit einklagbaren Arbeitnehmerrechten gehabt habe (aber die EU Kommission)

Obwohl CETA gemäß einer von der Union in Auftrag gegebenen Studie nur ein Wachstum von 0,85 Promille bringen könnte, aus 1000 Euro werden 1000,85 Euro, war es doch die Schiedsgerichtsbarkeit, das Umgehen unserer Justiz, der Hauptkritikpunkt aller Proteste. Es wurde seitens der EU Kommission immer so getan, wenn man den Freihandel haben will, müssen die Schiedsgerichte in Kauf genommen werden.

Dass es alleine die EU Kommission ist, die auf der Schiedsgerichtsbarkeit besteht, wäre ohne die harte Haltung Walloniens nie bekannt geworden. Geht es hier wirklich nur um Freihandel, speziell wenn man wegen des beinahe nicht vorhandenen Wachstum solche Eile an den Tag legt? Deshalb ersuche ich Sie um eine Stellungnahme zur Handlungsweise der EU Kommission. Als ein am Geschehen interessierter Staatsbürger fühle ich mich von der Kommission hintergangen und von den nationalen Regierungsvertretern im Stich gelassen durch deren kommentarlosen Zustimmung zu der sogar auch für EU Parlamentarier überraschend ans Tageslicht gekommenen „Geheimniskrämerei“ der Kommission. Hat man eigentlich bedacht, dass auch auf moralischer Ebene Zustimmung vorhanden sein muss, zumal die Institutionen sowohl auf europäischer Ebene als auch auf der Ebene der Mitgliedsstaaten erwarten, dass der einzelne Staatsbürger im Rahmen seiner Rechte und Pflichten handeln soll?

mit freundlichen Grüßen!



Dipl. Ing. Peter Rotter.